

Finanzmanagement

# **(Finanzielle) Perspektiven der für die Stadt Solingen ?**

**Duisburg, 24.6.2011**

# Solingen - Stenogramm

---

## ■ 160.000 Einwohner

## ■ Wirtschaftsstruktur:

- Verarbeitendes Gewerbe prägend
- Hoher Anteil mittelständischer Betriebe

## ■ Arbeitslosigkeit / Sozialstruktur

- Anzahl Bedarfsgemeinschaften im Landesdurchschnitt
- Starker Rückgang der Erwerbstätigen

## ■ Haushaltssituation im Überblick:

- HSK seit 1987, letztes genehmigtes HSK 2002
- Defizite 2004 – 2010: ca. 50 Mio EUR p.a.
- Summe der eingearbeiteten HSK Maßnahmen seit 2002: rd. 22,2 Mio EUR -> darunter zB.: Aufgabe von Stadtteilbüchereien, Trägerschaft Eissporthalle, Bädern, Aufgabe, Abbau von Stellen und Standards, Interkommunale Zusammenarbeit

# Ursachen der Haushaltsschieflage

---

- **Stark steigende (- explodierende) Sozialtransfers**
  - Arbeitslosigkeit, Alter, Behinderung (mittelbar über LVR)
  - Jugendhilfe
- **Stagnierende Steuererträge**
  - Gewerbesteuer stark schwankend
  - Einkommensteuer unterhalb der Inflationsrate
- **Aufgabenverlagerung ohne finanziellen Ausgleich**
- **Infrastrukturentscheidungen aus der Vergangenheit**
- **Kassenkredite als „Regelfinanzierung“**
  - Anstieg von 86 Mio EUR in 2001 auf 480 Mio EUR (6/2011)
  - Zinsen für Kassenkredite: 3,5 Mio EUR in 2001 / 10,4 Mio EUR in 2011 (Schwankungen)

# Haushaltssituation 2009 / 2010

---

## ■ **Doppelhaushalt 2009 / 2010**

- Geplantes Defizit 2010: 56 Mio EUR (Volumen A: 407 EUR / E: 350 Mio EUR)
- Einbruch Weltwirtschaftskrise rd. 30 Mio p.a.

## ■ **Haushaltsverfügung Bezirksregierung zum HH 2009 / 2010**

- Drohend überschuldet ab Januar 2010 (Verbrauch EK 2013)
- Haushaltsbegleitbeschluss in 2010 mit Anpassung der Erträge / Aufwendungen
- Notwendige Neuauflage des HSK mit einem Volumen von 45 Mio EUR p.a.

## ■ **„Annahme der Herausforderung“-> Neuauflage eines ambitionierten Haushaltssicherungskonzepts**

- Verhinderung der Überschuldung im Finanzplanungszeitraum
- Qualifizierung für Landeshilfe (eigener wesentlicher Sparbeitrag)
- Mittelfristig Wiedererlangung der kommunalen Handlungsfähigkeit

# HSK 2010 bis 2013

---

- **Produktkritik Sommer 2009 bis Sommer 2010**
  - Alle Bereiche der Verwaltung -> rd. 300 Maßnahmen zur Haushaltssicherung
  - Schwerpunktsetzung -> Rat, Verwaltungsvorstand, Führungskräfte
  - HSK mit rd. 250 Maßnahmen
  
- **Ratsbeschluss parallel: Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung**
  - Deutlich über 3500 TeilnehmerInnen (Internet und örtl. Presse)
  - Haushaltsslage wurde zum Stadtgespräch / differenziertes Feedback
  
- **Auswahl HSK Maßnahmen**
  - Steuererhöhungen (+ 100 Punkte Grundsteuer / 25 Punkte Gewerbesteuer)
  - Aufgabe von Einrichtungen (Bäder, Stadion, Veranstaltungshallen)
  - Stelleneinsparungen von rd. 160 Stellen bis 2013
  - Abbau von Standards
  
- **Beschluss im Rat 8.7.2010 -> Einsparvolumen strukturell rd. 43,2 Mio EUR**

# Haushalt 2011

---

## ■ Situation Aufwendungen und Erträge 2011

- Positive Entwicklungen bei Einkommensteuer, Sozialtransfers
- Stagnation bei der Gewerbesteuer

## ■ Haushaltssicherungskonzept 2011-2014

- rd. 80 Maßnahmen mit einem Volumen von rd. 14,5 Mio EUR sind im Haushaltsplan 2011 eingearbeitet
- Großteil der weiteren Maßnahmen „erfolgreich“ in Bearbeitung
- einige Maßnahmen sind schwierig umzusetzen

## ■ Signale von Bund und Land

- Bund eher enttäuschend: nur Übernahme der Kosten Grundsicherung (vollständig ab 2014), Entlastungswirkung für Solingen rd. 7 Mio EUR
- Gemeindefinanzierungsgesetz 2010: Aufstockung 300 Mio EUR positiv
- Gemeindefinanzierungsgesetz 2011: Strukturveränderung mit nur geringer Auswirkung
- Konnexität weiter im Fokus halten: Bsp: Schuleingangsalter

# Exkurs: Gutachten Prof. Junkernheinrich / Lenk

---

## ■ Grundsätzliches zum Modell

- Vorteile:
  - umfasst alle Städte
  - Entschuldung erscheint möglich
  - „Vierklang“ aus angemessener Bundesbeteiligung, kommunaler Solidarität, Landeshilfe und eigener Anstrengung
- Nachteile:
  - „Ist ein Modell“ -> Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise
  - Umsetzbarkeit Bund / kommunale Solidarität / Landeshilfe kann ausfallende Bundeshilfe nicht kompensieren
  - führt aufgrund Wirtschaftskrise zu irrealen „Bürgerbeiträgen“

## ■ Modellannahme Junkernheinrich / Lenk für Solingen

- Strukturelle Lücke: rd. 50 Mio. EUR / Haushaltsplanung 2011ff / HSK 100 % Erfüllung
- Modell 1:
  - Rückführung der Liquiditätskredite um ca. 1/3 bis 2020
  - Schließen der Strukturellen Lücke bis auf rd. 10 Mio EUR möglich
  - Bürgerbeitrag zwischen 532 (2011) und 184 (2020 Punkten)
- Modell 1 ohne Wirtschaftskrise
  - Rückführung der Liquiditätskredite bis auf 30 Mio EUR (von 560 Mio EUR 2011) in 2020 möglich
  - Positive Ergebnisse ab 2012
  - Bürgerbeitrag nur in 2012 von rd. 50 Punkten

# Änderung des § 76 GO

---

## ■ § 76 II GO NRW neu, Landtagsbeschluss vom 18.05.2011

- Das Haushalts sicherungskonzept dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige, dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erreichen. Es bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung soll nur erteilt werden, wenn aus dem Haushaltssicherungskonzept hervorgeht, dass spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr der Haushaltsausgleich nach § 75 GO Abs. 2 wieder erreicht wird. Im Einzelfall kann durch Genehmigung der Bezirksregierung auf der Grundlage eines individuellen Sanierungskonzeptes von diesem Konsolidierungszeitraum abgewichen werden. Die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

## ■ Bedeutung für Solingen

- Genehmigungsfähiges HSK nur mit 10-Jahres-HSK (insbesondere keine Sonderregelung für das Jahr 2011, wenn kein 10-Jahres-HSK, dann Kapitel 5 Leitfaden HSK)
- derzeit Verständigung zwischen Kommunalaufsicht und IM bezüglich der praktischen Handhabung und einheitlicher Anwendung
- (wahrscheinlich) im Juni 2011 Runderlass des IM mit „10 Jahres-Orientierungsdaten“ bzw. Rahmenvorgaben für die Prognose von Aufwendungen und Erträgen

# Entwicklung Jahresergebnisse bis 2027

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Steuern und ähnliche Abgaben	-223,55	-229,30	-235,25	-241,41	-247,77	-254,35	-261,16	-268,21	-275,50	-283,04	-290,85
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-85,02	-86,23	-87,47	-88,72	-89,99						
Sonstige Transfererträge	-4,10	-4,10	-4,10	-4,10	-4,10						
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18,01	-18,55	-19,11	-19,69	-20,28						
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-11,56	-11,89	-12,22	-12,57	-12,92						
Kostenerstattungen und Kostenträger											
Sonstige ordentliche Erträge											
Aktivierter Eigenleistung											
Bestandsveränderungen											
<b>Ordentliche Erträge</b>											
Personalaufwendungen											
Versorgungsaufwendungen											
Aufwendungen für Sachanlagen											
Bilanzielle Abschreibungen											
Transferaufwendungen											
Sonstige ordentliche Aufwendungen											
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>											
<b>Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit</b>											
Finanzerträge											
Zinsen und sonstige Finanzerträge											
<b>Finanzergebnis</b>											
<b>Jahresergebnis</b>											
<b>HSK</b>											
<b>Ergebnis nach HSK</b>											
<b>Entschuldungshilfe Land</b>											
<b>Ergebnis nach HSK und Entschuldungshilfe Land</b>											
Liquiditätsrechnung											
Aufwendungen											
Auflösung Sopa Land											
Auflösung Beiträge											
Veränd. Pensionsrückstellungen											
Veränd. Pensionsrückstellungen											
Inanspruchnahme Pensionsrückstellungen											
Inanspruchnahme Pensionsrückstellungen											
Aufwendungen für neue Anlagen (AfA)											
Summe nicht zahlungswirksame Veränderungen											
<b>(+) = Liquiditätsbedarf (Ergebnis - nicht zahlungswirksame Veränderungen)</b>											
<b>(-) = Entschuldungspotential</b>	-1,28	-5,15	-9,28	-13,94							
<b>(+) = Liquiditätsbedarf (Ergebnis - nicht zahlungswirksame Veränderungen)</b>											
<b>(-) = Entschuldungspotential mit Landeshilfe</b>	-11,28	-15,15	-19,28	-23,94							



13300 Jagdsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13400 Zweitwohnungssteuer	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
14900 Sonstige steuerähnliche Erträge										0,0	0,0

# Eckpunkte Haushaltsentwicklung in Solingen (2027)

---

## ■ Ausgangspunkte

- Haushalts- und Finanzplanung 2011 bis 2014 / Haushaltssicherungskonzept 2011 bis 2014
- Entschuldungshilfe Land 2012 bis 2021 in Höhe von je 15 Mio EUR

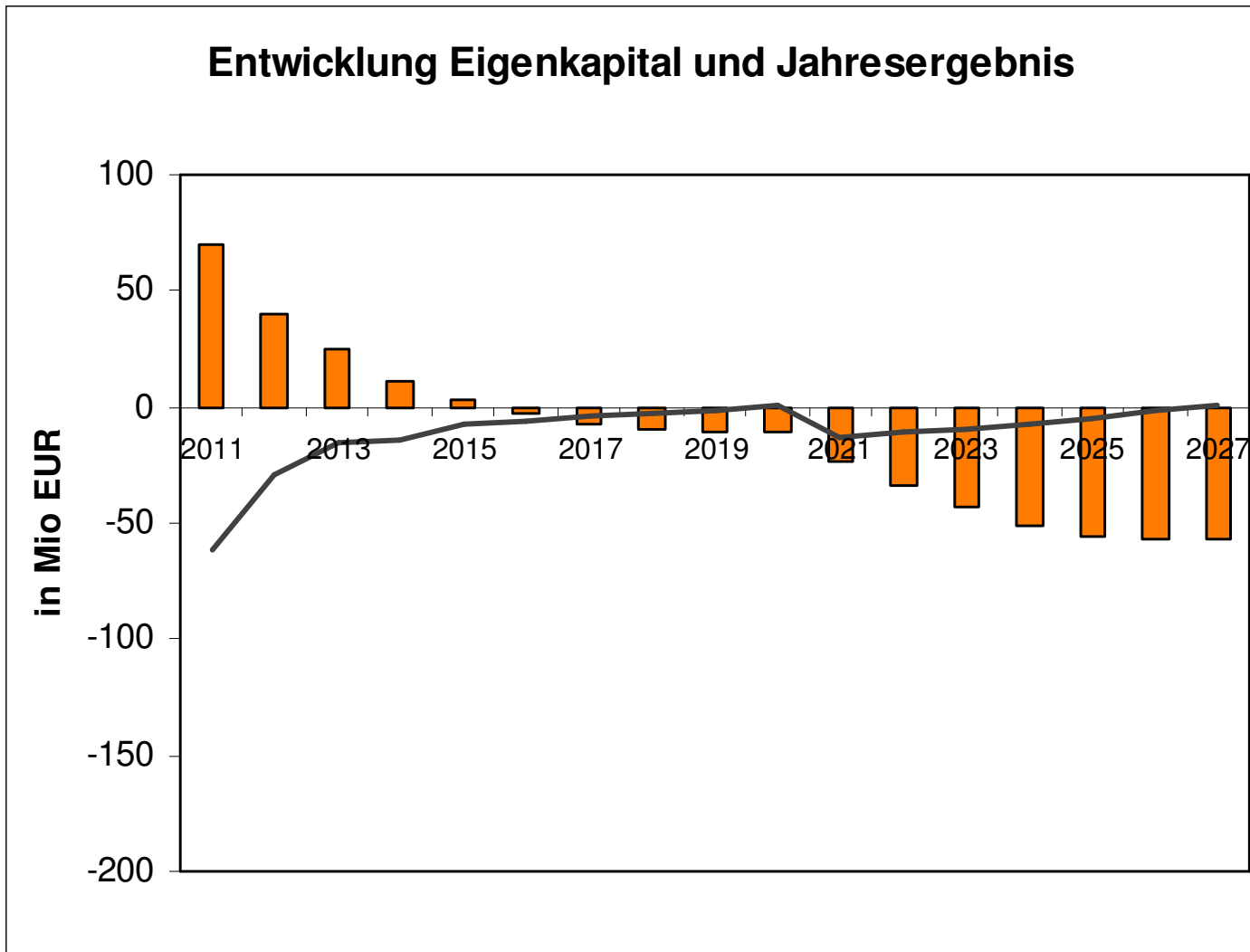
## ■ Fortschreibung bis 2027

- Haushaltssicherungskonzept mit den bestehenden Maßnahmen und der „strukturellen“ Vorgabe
- Entwicklung der Aufwendungen und Erträge aufgrund der historischen Entwicklung bzw. der 10-Jahres-Orientierungsdaten des Innenministeriums
- Bisherige Berechnung erst Entwurf, da Runderlass noch nicht vorliegt

## ■ Ergebnis des Aufwands-/Ertragsplanung bis 2027 (mit Landeshilfe)

- positives Ergebnis (aus eigener Kraft) erscheint um 2026/7 möglich
- von 2012 bis 2027 Bürgerbeitrag (Gutachternvorschlag) bzw. weitere HSK Maßnahmen notwendig
- Eigenkapitalentwicklung -> Verhinderung der Überschuldung möglich
- **Voraussetzungen**
  - **100% HSK-Erfüllung**
  - **Kein wirtschaftlicher Einbruch**

# Entwicklung Ergebnis / Rücklage mit Landeshilfe

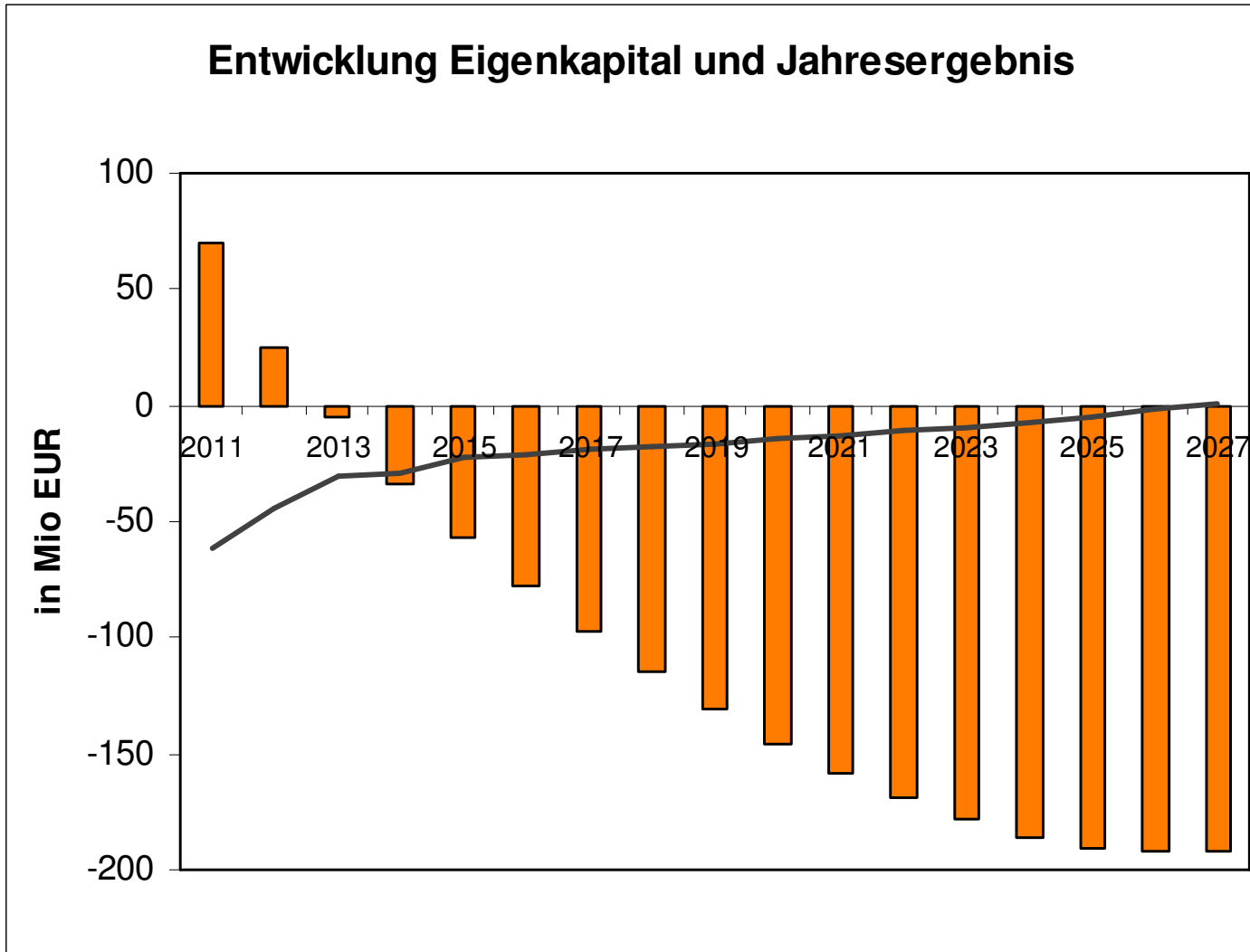


# Entschuldungshilfe – erste Vorstellungen

---

- **Innenministerium, Städte- und Gemeindebund, SPD Spitze**
- **Zugang zur Entschuldungshilfe**
  - Drohende Überschuldung im Finanzplanungszeitraum des Haushaltsjahres 2010 (bis 2013)
  - Keine Relevanz der Finanzanlagen
  - 35 Kommunen in NRW, nicht: u.a. Essen, Mönchengladbach, Leverkusen, Gelsenkirchen, Solingen, Herne
- **Bemessung der Entschuldungshilfe**
  - x EUR pro Einwohner für 10 Jahre
- **Bewertung des Vorschlags – ein Dambruch**
  - Konsolidierungsanstrengung des Jahres 2010 kontraproduktiv
  - „Vogel Strauß Politik“ wird belohnt
  - Vertrauen aller kommunalen Akteure in der Stadt Solingen zerstört

# Entwicklung Ergebnis / Rücklage ohne Landeshilfe



# Indikatoren zur Bemessung der Entschuldungshilfe

---

## ■ **Dotierung des Entschuldungsfonds ?**

- 2011: gesetzt durch Landeshaushalt 350 Mio EUR
- 2012ff: Erhöhung des Volumens durch Abschöpfung der „Gewinne“ abundanter Gemeinden aus der Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung -> zB Umwidmung der Investitionspauschalen / Nutzung des Mehrertrags Erhöhung Grunderwerbsteuer

## ■ **Wer wird begünstigt ?**

- Negatives Eigenkapital innerhalb des HSK Zeitraums gemäß des neuen § 76 II GO

## ■ **Dauer und Höhe des Anspruchs auf Hilfen ?**

- Konsolidierungsvereinbarung zwischen Land und Kommune auf zunächst 5 Jahre mit Verlängerungsoption bei Erreichen der vereinbarten Ziele
- Abstufung der Hilfszahlungen je nach finanzieller Ausgangslage (Wettbewerb um Konsolidierung ?)

## ■ **Verteilungskriterien ?**

- Strukturelle Lücke (Verfahren Lenk / Junkernheinrich) unter Voraussetzung Hebesätze von X (Grundsteuer B) und Y (Gewerbesteuer)
- Dokumentierte Konsolidierungsanstrengungen eines Zeitraums von n Jahren (Rückblick)